

## **Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften**

**zum Antrag „Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken – Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020“ der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU im niedersächsischen Landtag (Drs. 18/1404)**

## **Impressum**

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 7

30159 Hannover

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

verantwortlich: Johannes Grabbe

Stand: 28.11.2018

Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

- IG Bauen-Agrar-Umwelt
- IG Bergbau, Chemie, Energie
- EVG - Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft der Polizei
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

# Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gibt dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, mit Schreiben vom 9. November 2018 im Auftrag des europapolitischen Sprechers Dr. Christos Pantazis Gelegenheit, zu dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU (Drs. 18/1404) Stellung zu nehmen.

## **Grundsätzliche Vorbemerkung**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für eine starke, soziale EU ein, die die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen, vor denen Europa steht, meistert und Antworten auf den technologischen und strukturellen Wandel bietet. Eine angemessene finanzielle Mittelausstattung ist dafür unerlässlich. Der „Mehrjährige Finanzrahmen 2021 – 2027“ wird die Weichen stellen für die politischen Prioritäten der Europäischen Union. Die aktuellen EU-Haushaltsplanungen stehen wegen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union vor besonderen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund ist insgesamt eine deutliche Erhöhung des EU-Budgets vonnöten, um die bewährten Maßnahmen im Bereich der Kohäsions- und Strukturpolitik weiterzuführen und neuen Herausforderungen ebenfalls gerecht zu werden. Das Europäische Parlament hat deshalb gefordert, dass der Umfang des MFR 1,3 Prozent des EUBIPs betragen sollte. Dieser Forderung schließt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund an.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht hingegen bei elementaren Aufgaben Kürzungen vor. So sollen sich die Mittel im Agrarbereich um insgesamt 15 Prozent verringern, auch wenn die Gemeinsame Agrarpolitik nach wie vor den größten Anteil des EU-Budgets stellt. Von den Kürzungen ist vor allem die zweite Säule, der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), mit ei-

# Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken

ner Verringerung um ein Viertel betroffen. Der DGB kritisiert die vorgesehenen drastischen Mittelkürzungen beim ELER.

Der ELER fördert Investitionen in der Landwirtschaft und flankiert damit den Strukturwandel in den Regionen. Hierbei geht es auch um die Förderung einer ökologischen Produktionsweise, um Naturschutz und Landschaftspflege bis hin zur öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Der Fonds ist ein wichtiger und zentraler Baustein der europäischen Strukturpolitik. Aus diesem Grund lehnt der DGB die geplanten Mittelkürzungen kategorisch ab. Zudem fordert der DGB, dass der ELER auch in der neuen Förderperiode den Europäischen Investitions- und Strukturfonds (ESIF) zugeordnet wird. Nur dann ist die Einbindung regionaler Akteure und der Sozialpartner bei der Verwaltung der Fonds-Mittel gewährleistet.

Zur grundsätzlichen Positionierung des DGB in diesen Fragen verweisen wir auf die ausführliche Stellungnahme des DGB vom 26.09.2018 zum Vorschlag der Europäischen Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, abrufbar auf [www.dgb.de](http://www.dgb.de).

## **Zum vorliegenden Antrag**

Der DGB begrüßt grundsätzlich den vorliegenden Antrag. Die Landwirtschaft im Flächenland Niedersachsen ist ein starker Wirtschaftsfaktor und ein wichtiger Arbeitgeber im ländlichen Raum mit gut 100.000 Beschäftigten im Agrarsektor. Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union ist deshalb für Niedersachsen von großer Bedeutung. Es ist wichtig und richtig, dass sich der Landtag und die Landesregierung mit den aktuellen Herausforderungen auseinandersetzen und ihre Möglichkeiten nutzen, die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Niedersachsen zu unterstützen.

# Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken

Eine nachhaltige Landwirtschaft muss sich einerseits an ökologischen Kriterien orientieren, gleichzeitig muss sie auf gute Arbeits- und Entgeltbedingungen setzen. Die Förderung von Agrarinvestitionen und Agrarumweltmaßnahmen ist stärker an den Zielen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu orientieren und sollte Kriterien Guter Arbeit stärker berücksichtigen. In den beiden Säulen der GAP gibt es dafür zahlreiche Möglichkeiten: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen als Akteure in die GAP-Maßnahmenpläne Eingang finden. Unter anderem muss garantiert sein, dass Beschäftigte spätestens am Tag der Arbeitsaufnahme einen schriftlichen Arbeitsvertrag bekommen. Arbeits- und Gesundheitsschutz sollte in die Cross Compliance-Regelungen aufgenommen werden. Beim Thema Kappung in der ersten Säule ist es außerdem notwendig darauf zu achten, dass die Arbeitskosten, die von Betrieben angerechnet werden können, sich auf legale und tatsächliche Arbeitskosten beschränken.

Grundsätzlich setzt sich der DGB für eine Europäische Agrarpolitik ein, welche die folgenden Ziele verfolgt:

- Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft durch Angleichung der Arbeitsbedingungen an vergleichbare Berufsgruppen.
- Die Sicherung der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung mit nachhaltig produzierten Ernährungsgütern.
- Die Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes.

Im vorliegenden Antrag sind einige dieser Ziele verankert. Komplette ausgespart wird allerdings der Aspekt „Gute Arbeit“. Dieser muss aber einer der zentralen Punkte bei einer von den Ressorts zu erarbeitenden Strategie für die zukünftige Umsetzung der GAP in Niedersachsen sein.

# Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken

Ein wesentlicher Punkt sind in diesem Zusammenhang die Förderkriterien, über die sich wesentliche Impulse für Gute Arbeit setzen lassen. Deshalb halten wir es nicht für angebracht, grundsätzlich alle Spielräume für eine Vereinfachung des förderrelevanten Regelwerks bestmöglich zu nutzen. Vereinfachungen müssen sinnhaft sein und dürfen die Impulswirkung im Sinne der genannten Punkte nicht schwächen. Aus Sicht des DGB muss insgesamt die Landwirtschaftsförderung so ausgerichtet werden, dass die Subventionierung von Unternehmen, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht den nationalen und europäischen Gesetzen und Regeln entsprechend behandeln, ausgeschlossen wird. Betriebe sollten nur dann eine Förderung erhalten, wenn sie die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützen. Gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung sollten wesentliche Aspekte innerhalb der GAP und der Förderung sein.

Des Weiteren muss die Integration von saisonal Beschäftigten durch Teilhabe an den Sozialsystemen sichergestellt werden. Auch muss bei der Betrachtung von Arbeitsbedingungen im niedersächsischen Agrarsektor die Situation von Mobil Beschäftigten Berücksichtigung finden. Mobile Beschäftigte sind Staatsangehörige aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich im Rahmen temporärer Arbeitsmigration vorübergehend in Niedersachsen aufhalten. Von der Arbeit der niedersächsischen Beratungsstellen für Mobile Beschäftigte wissen wir, dass ein wesentlicher Anteil der Mobil Beschäftigten in der Landwirtschaft sowie in der Fleisch- und Geflügelindustrie tätig ist. Es ist somit eine sehr zentrale Aufgabe, gute Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Arbeitsstandards für alle Beschäftigte zu garantieren.

Ein weiterer Aspekt beim Thema Arbeit ist die „Aus- und Weiterbildung“. Zwar ist im vorliegenden Antrag unter 9. der Transfer von Wissen, Innovation und Technologie aufgenommen, doch die Qualifizierung der Beschäftigten wird nicht explizit erwähnt. Aus- und Weiterbildung ist in der Landwirtschaft europaweit ein großes Thema, gerade im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels und der fortschreitenden

## Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken

Technisierung. Der DGB schlägt deshalb vor, dass die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller landwirtschaftlich Beschäftigten verbindlich in die nationalen Förderpläne der zweiten Säule aufgenommen werden muss. Auch Niedersachsen sollte sich mit diesem Bereich dezidiert auseinandersetzen.